

DALE C. THOMSON

DIE KANADISCHE POLITIK GEGENÜBER DEUTSCHLAND SEIT 1945*

Das Jahr 1945 bezeichnet für Deutschland wie für Kanada einen historischen Einschnitt. Brachte es Deutschland die totale militärische Niederlage und das vorübergehende Erlöschen des deutschen Staates, so präsentierte sich andererseits Kanada damals zum ersten Male mit einer eigenen Außenpolitik auf der internationalen Bühne. Die beiden Vorgänge waren nicht ohne Zusammenhang. Kanada hatte zur deutschen Niederlage beigetragen und durch seinen Beitrag einen Platz im Kreise der Mächte gewonnen. So kann man sagen, daß das deutsche und das kanadische Volk, was ihre internationalen Beziehungen angeht, als Feinde begonnen haben und seither Freunde und Verbündete geworden sind. Dies ist der Rahmen, in dem die kanadische Deutschlandpolitik seit 1945 untersucht werden soll.

Kanada und Deutschland vor 1945

Kanada besaß vor 1945 gewiß noch keine erkennbar eigenständige Außenpolitik, doch hat sich das Land schon fast seit der Vereinigung in der auf eine solche Eigenständigkeit hinführenden Richtung bewegt. Unter den Bestimmungen der „British North America Act“ von 1867, die die Basis der kanadischen Verfassung darstellt, behielt Großbritannien die Kontrolle über die auswärtigen Beziehungen Kanadas, aber schon 1874 beanspruchte die kanadische Regierung das Recht auf direkte Verhandlungen mit anderen Nationen, wenn rein kanadische Interessen auf dem Spiele standen. Daraus entwickelte sich eine Praxis, derzufolge die Kanadier tatsächlich mit den Repräsentanten anderer Nationen verhandelten, während die britischen Behörden eine gewisse Aufsicht über die Verhandlungen ausübten und den getroffenen Vereinbarungen die rechtliche Sanktionierung gaben. Wie begrenzt die kanadische Souveränität jedoch 1914 noch war, geht daraus hervor, daß die britische Kriegserklärung an Deutschland automatisch zum Eintritt Kanadas in den Ersten Weltkrieg führte, ohne daß die Kanadier konsultiert worden wären oder selber einen Beschluß gefaßt hätten. Kanadas Beitrag zum Sieg der Alliierten brachte einen Sitz auf der Pariser Friedenskonferenz ein, jedoch nur im Rahmen der Delegation des Britischen Empire, da einige Länder, vor allem die Vereinigten Staaten, glaubten, daß Kanada und die übrigen Dominions ohnehin mit den Briten stimmen würden und man also lediglich die Zahl der britischen Stimmen am Konferenztisch vermehre, wenn man ihnen eine eigene Repräsentanz zugestehet. Der kanadische Premierminister hat zwar den Versailler Vertrag unterzeichnet, aber im Namen Kanadas als eines Teils des Britischen Empire und ohne tatsächlichen

* Der Autor dankt Herrn Ottfried von Finckenstein, Ottawa, für die Erlaubnis, dessen 1964 bei der Carleton University in Ottawa eingereichte M. A.-Thesis „Canada and the German Question 1945–1955“ benutzen zu dürfen, die wertvolle Informationen über die deutsch-kanadischen Beziehungen seit 1945 enthält. Die Übersetzung des Aufsatzes besorgte Herrmann Graml, Institut für Zeitgeschichte München.

Einfluß auf den Inhalt des Vertrags gehabt zu haben. Bedeutungsvoller für die Entwicklung zu internationalem Status war, daß Kanada Gründungsmitglied des Völkerbunds wurde. An dieser Anerkennung des Ranges ihres Landes waren die Kanadier, die sich der beruhigenden Illusion hingaben, das „deutsche Problem“ sei ein für allemal gelöst und der Völkerbund werde weitere europäische Kriege verhindern, viel mehr interessiert als an den Einzelheiten der Deutschland betreffenden Regelung.

Zwischen den beiden Weltkriegen verfolgte Kanada eine isolationistische Politik und ging, gestützt auf die neugewonnene Souveränität, der Verwicklung in internationale Auseinandersetzungen lieber aus dem Wege als zu ihrer Lösung beizutragen. So desavouierte die kanadische Regierung ihren eigenen Delegierten beim Völkerbund, als er 1935 für wirtschaftliche Sanktionen gegen Italien eintrat, und wenn Premierminister Mackenzie King – in einem Gespräch, das in Berlin stattfand – Hitler auch warnte, Kanada werde sich gegen eine deutsche Aggression seinen Alliierten aus dem Ersten Weltkrieg anschließen, so charakterisierte er den deutschen Kanzler privat doch als „eine Art simplen Bauern“, der nicht sehr intelligent und niemand ernstlich gefährlich sei¹. Noch am 8. August 1939, als der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges schon fast gewiß schien, erklärte Mackenzie King, daß er nicht sagen wolle, was Kanada „hinsichtlich einer Situation“ tun werde, „die sich irgendwann in der Zukunft und unter Umständen, von denen wir nichts wissen, ergeben mag“². Sein Beitrag zu den in letzter Minute unternommenen Anstrengungen, den Konflikt doch noch zu vermeiden, bestand vornehmlich in Telegrammen an Polen, Italien und Deutschland, in denen er eine friedliche Lösung „der wichtigen Probleme dieser Zeit“ forderte³. Kanada unterhielt damals noch keine diplomatischen Beziehungen zu Deutschland; die deutsche Antwort war am 1. September 1939 der Einfall in Polen. In Übereinstimmung mit einem der kanadischen Bevölkerung früher gegebenen Versprechen, daß im Falle eines drohenden Krieges die Entscheidung beim Parlament liegen solle, berief Mackenzie King die Abgeordneten für den 7. September zu einer Sondersitzung ein. Nach kurzer Debatte wurde die Kriegserklärung ohne formelle Abstimmung gebilligt, und am 10. September trat Kanada in den Zweiten Weltkrieg ein, nicht mehr, wie 1914, durch einen entsprechenden Akt der britischen Regierung automatisch dazu verpflichtet, sondern erst nach ausdrücklicher Bekräftigung seines Rechts als souveräner Staat, diesen historischen Schritt selbst zu tun. Zwei andere Dominions, die weniger von nationalem Stolz erfüllt waren, nämlich Australien und Neuseeland, hielten dafür, daß die Kriegserklärung Großbritanniens genüge, um sie ebenfalls in Kriegszustand zu versetzen.

Mit dem Zweiten Weltkrieg hat sich Kanadas Einstellung zu internationalen Angelegenheiten grundlegend gewandelt. Daß der Eintritt in den Konflikt diesmal auf einem freien eigenen Entschluß beruhte, bedeutete vermutlich eine festere Ver-

¹ B. Hutchison, *The Incredible Canadian*, Toronto 1953, S. 226.

² Zit. bei G. Glazebrook, *A History of Canada's External Relations*, Toronto 1950, S. 416.

³ Ebenda, S. 417.

pflichtung; jedenfalls wurde dieses Argument mit Erfolg gegen isolationistische Elemente in Quebec benützt. Obwohl die öffentliche Meinung in Quebec eine Aushebung für den Militärdienst in Übersee bis zum Dezember 1944 unmöglich machte – und selbst dann waren nur 15 000 Mann betroffen –, zeigte Kanada eine eindrucksvolle Kriegsanstrengung. Von einer 1941 rund 11,5 Millionen zählenden Gesamtbevölkerung zogen 750 000 Männer und Frauen Uniform an, zur Produktion von Kriegsmaterial wurde eine riesige Industrie geschaffen, und Kanada lieferte den Alliierten, einschließlich der UdSSR, Güter im Werte von 3,5 Milliarden Dollar. Das Land ging aus dem Konflikt als eine Macht mittleren Ranges hervor, die wegen ihres Beitrags zum alliierten Sieg respektiert wurde. Außerdem hatte Kanada seine isolationistischen Tendenzen abgestreift und war nun bereit, nicht allein das Prestige, sondern auch die Verantwortlichkeiten nationaler Souveränität zu übernehmen. Am Tage des Sieges basierte Kanadas Außenpolitik auf der Erkenntnis, daß „praktisch alles in der internationalen Politik auch für Kanada von Interesse war“⁴ und daß sich das Land an Schaffung und Bewahrung des Weltfriedens beteiligen müsse. Solcherart war, indirekt, Hitlers Beitrag zur Entwicklung des kanadischen Staatsbewußtseins.

Kanada als Besatzungsmacht

Da den Kanadiern die Konsequenzen einer Politik, an deren Festlegung zwischen den beiden Weltkriegen sie keinen Anteil gehabt hatten, teuer zu stehen gekommen waren, strebten sie jetzt danach, bei den Entscheidungen über die Zukunft Deutschlands gehört zu werden. Jedoch waren die Großmächte, vornehmlich auf Drängen Marshall Stalins, schon 1943 übereingekommen, die Kontrolle Deutschlands in ihren eigenen Händen zu behalten. Wie 1918 die Amerikaner, konnten sich nun die sowjetischen Führer nicht vorstellen, daß die Mitglieder des Commonwealth je eine andere Meinung als das Vereinigte Königreich vertreten könnten. Wann immer die Briten die Frage einer eigenen Vertretung der Dominions aufwarfen, konterten die Sowjets mit der Forderung, daß dann auch Repräsentanten der verschiedenen Sowjetrepubliken zugelassen werden müßten. Die Amerikaner scheuten eine solche Möglichkeit und übten auf die Briten Druck aus, Kanada und andere kleinere Mächte auszuschließen. Die Grundlinien einer gemeinsamen Politik sind von den Großmächten im Februar 1945 in Jalta, die Einzelheiten im Sommer 1945 in Potsdam ausgearbeitet worden. Kanada wurde von London über die auf jenen Konferenzen getroffenen Entscheidungen in großen Zügen informiert, und schon 1943 arbeiteten Kanadier gemeinsam mit britischen Kollegen an einem Plan für die Besetzung deutschen Territoriums. Nach einer im Januar 1945 erreichten Vereinbarung sollten sich 25 000 Mann kanadischer Truppen „an Okkupationspflichten während der Übergangsperiode zwischen der Einstellung der Feindseligkeiten und dem Beginn der eigentlichen Okkupation“ beteiligen⁵. Diese

⁴ R. A. Spencer, *Canada in World Affairs 1946–1949*, Toronto 1959, S. 2.

⁵ C. P. Stacey, *The Victory Campaign, Official History of the Canadian Army in the Second World War*, Bd. III, Ottawa 1960, S. 620.

„Okkupationspflichten“ sollten innerhalb der vorgesehenen britischen Besatzungszone wahrgenommen werden und auf ein Jahr begrenzt sein. Die zeitliche Begrenzung war von den kanadischen Stellen eingefügt worden, die sich nicht über die Dauer der Übergangsperiode hinaus binden wollten, wenn ihnen keine eigene Besatzungszone und kein direkter Einfluß auf die Entscheidungen über die Zukunft Deutschlands eingeräumt wurde. Im April 1945 überschritt die kanadische Armee die deutsch-holländische Grenze, und am 5. Mai kapitulierten die deutschen Streitkräfte in Nordwestdeutschland und Holland bedingungslos vor dem Kommandierenden General des I. Kanadischen Korps, Generalleutnant Foulkes. Drei Tage später kapitulierte auch die deutsche Regierung bedingungslos, und im Juli 1945 trat die kanadische Okkupationsarmee im Gebiet von Emden und Wilhelmshaven, einschließlich eines großen Teils des Landes Oldenburg, ihren Dienst an. Die entscheidende Befehlsgewalt in diesem Raum blieb jedoch in britischen Händen.

Nach kanadischer Ansicht ließ der Beschluß der Großmächte, die Kontrolle Deutschlands für sich zu reservieren, eine allgemeine Haltung in den internationalen Beziehungen erkennen, die für die Zukunft nichts Gutes versprach. Im Mai 1945 hatten sie auf der Konferenz von San Francisco ein Vetorecht im Sicherheitsrat der neuen Organisation der Vereinten Nationen gefordert. Als die kanadischen Delegierten auf jener Konferenz einwandten, ein Veto der Großmächte stelle einen Rückschritt dar und sei mit den Gedanken der nationalen Souveränität und der gemeinsamen Verantwortung unvereinbar, erklärten ihnen die Briten und Amerikaner, das Veto sei eine Bedingung, die als Preis für die sowjetische Kooperation akzeptiert werden müsse. Die Kanadier blieben skeptisch, und Louis St. Laurent, der kanadische Justizminister, bemerkte recht bitter, die UN seien nur ein Spielzeug, das die Großmächte den kleinen Nationen in die Hand gäben, während sie selber ihre privilegierte Stellung und ihre Aktionsfreiheit zur Verfolgung ihrer eigenen nationalen Ziele behielten. Als London Kanada drängte, seine Besatzungsarmee über die Einjahresgrenze hinaus in Deutschland zu belassen, sagte man sich in Ottawa, daß man aufgefordert werde, eine schwere finanzielle und militärische Bürde mitzutragen, und so britische Truppen für andere Zwecke freisetze, z. B. für die Wiederherstellung der Kontrolle innerhalb des Empire durch die Unterdrückung nationaler Bewegungen in Indien und anderen Reichsteilen. Unter diesen Umständen beschloß die kanadische Regierung im Dezember 1945, die kanadischen Besatzungstruppen bis zum Herbst 1946 abzuziehen⁶. Am 15. Mai 1946 wurde den britischen Behörden auch die örtliche Befehlsgewalt im Gebiet von Emden und Wilhelmshaven übergeben. Nach diesem Datum beschränkte sich die kanadische Präsenz in Deutschland auf eine Militärmission in Berlin, die bei der Militärregierung der Großmächte akkreditiert war.

Der Entschluß der kanadischen Regierung, die kanadischen Truppen aus Deutschland zurückzuziehen, begegnete in Kanada selbst einiger Kritik, vor allem seitens der ausgesprochen probritischen Fortschrittlich-Konservativen Partei, die im Parla-

⁶ Ebenda, S. 622.

ment die offizielle Opposition darstellte. So behauptete ihr außenpolitischer Sprecher, Gordon Graydon, der Abzug schwäche Kanadas Einfluß, „was die volle Beteiligung an der Friedensregelung betrifft“⁷. In seiner Antwort bemerkte St. Laurent, nun Außenminister, da Kanada nie Anteil an der politischen Kontrolle Deutschlands gehabt habe, sei die Anwesenheit oder Abwesenheit kanadischer Truppen ohne Bedeutung. „Die Besatzungsarmee in Deutschland wurde abgezogen, weil man uns übergangen hat“, erklärte er in indigniertem Tone. „Die Großmächte haben uns mitgeteilt, daß es drei Zonen geben werde, daß eine vierte geschaffen werde, wenn Frankreich eine wünsche, daß es weitere Zonen aber nicht geben werde, und daß die Befehlshaber der Zonen die Regierung Deutschlands bilden würden.“⁸ Anwesende Journalisten berichteten, St. Laurent habe nicht den Ausdruck „übergangen“, sondern „hinausgeworfen“ gebraucht. Ob nun seine Formulierung für das amtliche Protokoll gemildert wurde oder nicht, der Ausdruck „hinausgeworfen“ gab jedenfalls die Empfindungen St. Laurents in dieser Frage richtig wieder, zumindest hinsichtlich der politischen Aspekte der Besetzung.

Kanadische Vorschläge für ein Deutschland-Statut

So wie sie die militärische und politische Kontrolle des geschlagenen Deutschland in ihren Händen behielten, so beschlossen die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich in Potsdam auch, die Friedensregelung zu monopolisieren. Nach der deutschen Kapitulation wurden die Außenminister der Großmächte angewiesen, Vorstudien anzustellen, und im Laufe der nächsten zweieinhalb Jahre trafen sie mehrmals in verschiedenen Hauptstädten zusammen. Dabei nahmen die Großmächte für sich in Anspruch, im Namen aller Alliierten zu handeln, doch ist diese Behauptung von Kanada und anderen Staaten angefochten worden. St. Laurent erinnerte daran, daß am 1. Januar 1942 fünfundzwanzig Nationen in Washington eine Erklärung unterschrieben hatten, mit der sie die Atlantik-Charta billigten und sich verpflichteten, „mit den Feinden keinen separaten Waffenstillstand oder Frieden zu schließen“⁹. „Jene Abmachung . . .“, so stellte er fest, „implizierte die Bedingung, daß kein Frieden geschlossen wird, der nicht zwischen denen, die ihn schließen wollen, vorher diskutiert worden ist, um zu sehen, ob sie nicht einen gemeinsamen Frieden zustande bringen können.“

Es zeigte sich, daß die Außenminister über Bulgarien, Finnland, Ungarn, Italien und Rumänien leichter eine Übereinstimmung erzielten als in der Deutschlandfrage, und es gelang ihnen, für jene Länder fünf Verträge auszuarbeiten, die einer vom 29. Juli bis zum 15. Oktober 1946 in Paris tagenden Friedenskonferenz von 21 Staaten, darunter auch Kanada, vorgelegt wurden. Die Konferenz war nicht befugt, die Vertragsentwürfe zu ändern, sie konnte den Außenministern der Großmächte lediglich Empfehlungen unterbreiten. Kanada war mit diesem Verfahren unzufrieden, und Brooke Claxton, einer der beiden Minister, die an der Konferenz

⁷ Canadian House of Commons Debates (künftig zit. als: Debates), 3. März 1947, S. 941.

⁸ Ebenda, S. 975.

⁹ Ebenda, S. 967.

teilnahmen, faßte die kanadische Reaktion auf sie folgendermaßen zusammen: „Die Pariser Konferenz diene als Generalprobe, um zahlreiche Fehler aufzuzeigen, die beim Abschluß des viel wichtigeren Friedens mit Deutschland vermieden werden müssen.“¹⁰

Kanadas Hoffnungen, an den Vorarbeiten für eine Regelung der deutschen Probleme stärker beteiligt zu werden, sollten sich jedoch nicht erfüllen. Ende 1946 beschlossen die Großmächte, in London eine Konferenz von Sonderbeauftragten ihrer Außenminister abzuhalten und die siebzehn kleineren Staaten einzuladen, ihre Auffassungen schriftlich vorzulegen. Die kanadische Regierung erhielt die Einladung am 4. Januar 1947, nur zehn Tage vor dem Termin, der ihr für die Übermittlung ihrer Ansichten genannt wurde. In der Note hieß es, die kanadischen Vorschläge müßten schriftlich gemacht werden, andererseits wurde jedoch hinzugefügt, daß der kanadischen Regierung „natürlich, wenn dies gewünscht wird, jede Gelegenheit“ gegeben werde, „ihre schriftlichen Mitteilungen durch mündlichen Vortrag zu ergänzen“¹¹. Die Sonderbeauftragten hatten diese Mitteilungen lediglich zu prüfen und einem Treffen der Außenminister zu unterbreiten, das für den März 1947 in Moskau vorgesehen war. Kanada antwortete am 14. Januar 1947 mit einem Protest gegen die ganze Prozedur und mit dem Antrag, der „Rat der Außenminister möge angemessene Vorsorge treffen für die ständige Beteiligung Kanadas, als eines aktiven Teilnehmers an zwei Kriegen gegen Deutschland, an der Vorbereitung des deutschen Vertrags“¹². Außerdem machte Ottawa den konkreteren Vorschlag, Kanada und „andere interessierte Alliierte“ sollten den Sonderbeauftragten beigeordnet werden und „in den Diskussionen über Verfahrensfragen wie über materielle Fragen im Zusammenhang mit dem deutschen Vertrag eine gleichberechtigte Rolle spielen . . ., ferner beim Entwurf jener Teile der Regelung, von denen sie am unmittelbarsten berührt sind, assistierend mitwirken dürfen“¹³. Protest und Gegenvorschlag blieben unbeantwortet, und der kanadische Hochkommissar in London, Norman Robertson, wurde lediglich gefragt, ob er der Konferenz die Vorstellungen seines Landes am 25. Januar übermitteln könne. Robertson war nicht einmal in der Lage, die Zusicherung zu erhalten, daß ein kanadisches Memorandum mit ihm erörtert werden würde.

Trotz ihrer Verärgerung und Enttäuschung hat die kanadische Regierung den Sonderbeauftragten am 30. Januar 1947 doch noch einen Schriftsatz unterbreitet, aber angesichts der kurzen Zeit, die ihr für die Vorbereitung des Dokuments zur Verfügung gestanden hatte, und auf Grund ihrer Ablehnung des gewählten Verfahrens betonte sie, daß sie lediglich „gewisse vorläufige Ansichten über die Prinzipien, die . . . der deutschen Friedensregelung zu Grunde liegen sollen“, darlege und sich ihre Haltung gegenüber allen weiteren Entwicklungen vorbehalte. Wie

¹⁰ „Canada at the Peace Conference“, *International Journal* (Toronto), Frühjahr 1947, S. 130.

¹¹ *Debates*, 7. März 1947, S. 1370.

¹² *Ebenda*, S. 1375.

¹³ *Ebenda*, S. 1376.

sich dann herausstellte, gab es gar keine „weiteren Entwicklungen“, da sich die Großmächte über das Schicksal Deutschlands nicht einigen konnten und ihre Verhandlungen über diese Frage Ende 1947 auf unbestimmte Zeit vertagten. Infolgedessen bleiben die von Robertson übermittelten „vorläufigen Ansichten“ – die „Kanadische Vorlage zur deutschen Friedensregelung“ überschrieben waren¹⁴ – das einzige amtliche kanadische Dokument, in dem Kanadas Vorstellungen von der Beschaffenheit und der Position Nachkriegsdeutschlands umrissen sind.

Zunächst wiederholte die kanadische Regierung ihren Anspruch auf „eine Gelegenheit, zu den Friedensverhandlungen auf der gleichen Basis ehrenhafter Partnerschaft beizutragen, die auch seinen [Kanadas] Beitrag zum Kriege charakterisierte“, um dann darauf zu dringen, daß „bei der Aushandlung einer Regelung das Wohl Europas und der Welt als Ganzes im Vordergrund der Überlegungen“ stehen müsse, „nicht allein die Stellung Deutschlands oder sein Verhältnis zu irgendeinem seiner Nachbarn“. In diesem Zusammenhang wurde in dem Dokument festgestellt: „Das politische und wirtschaftliche Leben Europas sollte in einer Weise aufgebaut werden, daß das deutsche Volk schließlich wieder einen friedlichen und konstruktiven Platz in der europäischen und Weltgemeinschaft einnehmen kann, ohne die Macht oder den Wunsch, eine Bedrohung für seine Nachbarn zu werden.“ Kanada wies auf die „politischen und psychologischen Mängel des 1919 in Versailles angewandten Verfahrens“ hin und meinte, daß „es unklug sein könnte, eine deutsche Nachfolgeregierung, die schwach gehalten werden muß, mit der schrecklichen Verantwortung [für einen Vertrag] zu belasten, der . . . bei der Bevölkerung Deutschlands notwendigerweise unpopulär und unwillkommen sein wird“. Statt einen Friedensvertrag auszuarbeiten und diesen einer deutschen Regierung, nachdem eine solche gebildet worden sei, aufzuzwingen, empfahl die kanadische Vorlage „ein internationales Statut, das einen neuen deutschen Staat konstituiert und die Beziehungen dieses Staates zu seinen Nachbarn und anderen Teilen der Welt solange regelt, bis es durch einen dauerhaften Vertrag abgelöst werden kann“. Ein derartiges internationales Statut, so wurde vorgeschlagen, solle Bestandteil des Völkerrechts sein und Deutschland den Vereinten Nationen unterstellen. Das Statut könne, sobald es die Umstände erlaubten, von einer deutschen Regierung akzeptiert oder aber in einen Vertrag umgewandelt werden, ein Schritt, der Deutschland unter der Überwachung der Vereinten Nationen belassen würde. Statt die fast unmögliche Aufgabe in Angriff zu nehmen, zwischen allen interessierten Parteien Übereinstimmung über die Zukunft Deutschlands zu erzielen, bzw. statt Deutschland, selbst wenn das möglich wäre, in eine Zwangsjacke zu stecken, die bald nicht mehr passen würde, so argumentierten die Kanadier, würde die Schaffung eines internationalen Statuts einen „Friedensschluß in Raten“ erlauben und „einzelne Abschnitte des neuen Regimes für Deutschland in Kraft setzen, je nachdem man sich über sie geeinigt hat“.

Die kanadische Regierung formulierte auch ihre Vorstellungen von der inneren

¹⁴ „Canadian Submission on the German Peace Settlement“, International Journal (Toronto), Frühjahr 1947, S. 136 ff.

Struktur des künftigen deutschen Staates, und diese Vorstellungen reflektierten die politische Erfahrung Kanadas. Die Kanadier hatten eine kräftige Abneigung gegen hochzentralisierte Regierungsformen, teils weil sie stets um ihre Autonomie im Rahmen des Britischen Empire besorgt waren, teils weil politische Notwendigkeit sie dazu gebracht hatte, innerhalb ihrer eigenen Grenzen aus dem Föderalismus eine Tugend zu machen. Einem Volk wie dem deutschen, das „gemeinsame nationale Traditionen“ besitze und auf „eine Geschichte des nationalen Zusammenschlusses“ zurückblicke, müsse, so stellte die kanadische Vorlage fest, die Existenz in einem einzigen Staat gestattet sein, wenn es dies wünsche. Andererseits aber hätten die Deutschen gezeigt, daß sie nicht über „genügend Erfahrung in demokratischer Selbstregierung“ verfügten, um zu verhindern, „daß ein zentralisierter Staat zum Instrument von Despotismus und bewaffneter Aggression wird“; aus diesem Grunde solle der neue deutsche Staat föderalistischen und nicht unitarischen Charakter haben. In Widerspruch zu ihrer eigenen Verfassung schlugen die Kanadier ein weitgehend dezentralisiertes föderalistisches System vor, in dem der Zentralregierung „lediglich die zur Aufrechterhaltung lebenswichtiger Dienste erforderlichen Zuständigkeiten“ belassen und die finanziellen wie militärischen Befugnisse so beschnitten werden sollten, daß „es dem neugebildeten deutschen Staat rechtlich unmöglich gemacht wird, sich die Mittel für eine Kriegführung zu schaffen“; alle übrigen Kompetenzen müßten bei den Gliedstaaten verbleiben, die außerdem zu direkten wirtschaftlichen Verflechtungen mit den benachbarten Teilen Europas ermuntert werden sollten. Eine neue deutsche Verfassung müsse die Herrschaft von Recht und Gesetz sichern, die Kontrolle der Exekutive durch die Legislative, die scharfe Überwachung der Polizei und eine starke und unabhängige Richterschaft; die Verfassung solle während der ersten zehn Jahre nur mit Zustimmung der Vereinten Nationen geändert werden dürfen.

Im Hinblick auf die Grenzen Deutschlands sprach die kanadische Regierung die Warnung aus, daß die Stabilität einer Friedensregelung gefährdet werde, wenn eine größere Anzahl Deutscher aus dem deutschen Staat ausgeschlossen bliebe; und sie unterstrich, daß die Grenzen des neuen Deutschland „so weit wie nur irgend möglich auf ethnischer Basis“ gezogen werden sollten. Alle Minderheiten, die geschaffen würden, müßten des Schutzes der Vereinten Nationen versichert werden. Österreich solle wieder ein selbständiger Staat werden.

Die kanadische Vorlage beschäftigte sich auch recht eingehend mit der deutschen Wirtschaft, und in diesen Abschnitten war Kanadas Eigeninteresse vielleicht am deutlichsten sichtbar. Die kanadische Wirtschaft, so hieß es in dem Dokument, sei „in nicht geringem Maße“ vom internationalen Handel abhängig, und Kanada sei daher am Stand der Prosperität aller großen Weltmächte, einschließlich Europas, unmittelbar interessiert. Zwar wolle Kanada die deutsche Wirtschaft nicht so weit gestärkt sehen, daß die Deutschen wieder aggressive Kriege führen könnten, wünsche aber andererseits auch nicht die Verewigung eines Zustandes wirtschaftlicher Depression und Unruhe, der die wirtschaftliche und politische Stabilität ganz Europas stören müsse. In der Überzeugung, daß allein die europäische Integration

jene Probleme lösen werde, die den alten Kontinent seit dem Aufstieg des Nationalismus belastet hatten, drang die kanadische Regierung auf die frühzeitige Errichtung einer „Wirtschaftskommission für Europa“, die, von anderen Dingen abgesehen, dazu dienen könne, die deutsche Industrie in ein allgemeines europäisches Wirtschaftssystem zu integrieren und Berichtigungen des Stands der industriellen Aktivität Deutschlands zu genehmigen. Als zusätzliche Sicherungsmaßnahme gegen eine deutsche Aggression wurde vorgeschlagen, den Komplex der Ruhrindustrie der Kontrolle einer internationalen Behörde zu unterstellen, die sich aus Repräsentanten aller am Handel mit Deutschland stärker interessierten alliierten Staaten zusammensetzen solle – unter ihnen vermutlich auch Kanada. Die internationale Behörde würde jenes Bündnis zwischen Regierung und Industrie verhindern, das Hitler in die Lage versetzt habe, den Zweiten Weltkrieg vorzubereiten, und außerdem sicherstellen, daß die deutsche Wirtschaft zur Wohlfahrt ganz Europas beitrage. Was die Frage deutscher Reparationen anging, so war die kanadische Regierung besorgt, die bestehenden Vereinbarungen zwischen den Großmächten würden Deutschland in ein „Zentrum der wirtschaftlichen Depression Europas“ verwandeln, und so forderte sie die Überprüfung dieser Vereinbarungen, ferner den baldigen Abschluß der Reparationslieferungen, damit sich die Deutschen ein Bild machen könnten, welche industrielle Kapazität ihnen belassen werde.

Schließlich sprach sich die kanadische Regierung noch für die vollständige Entmilitarisierung Deutschlands aus, für ein Verbot der Herstellung und des Besitzes von Waffen, die zur Massenvernichtung verwendet werden könnten, ja, sogar für ein Verbot der zur Herstellung solcher Waffen notwendigen Forschung. Deutschland sollten lediglich die zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit erforderlichen Polizeikräfte verbleiben. Die äußere Sicherheit werde durch die Charta der Vereinten Nationen gewährleistet. Der Friedensvertrag oder das internationale Statut, dem Deutschland unterstellt werde, müsse die Maßnahmen spezifizieren, die bei einer Verletzung der Deutschlands Entwaffnung regelnden Bestimmungen zu ergreifen seien.

Abschließend betonte die kanadische Regierung zwei Gedanken, die ihrer ganzen Haltung gegenüber Deutschland damals zugrunde lagen. Zunächst stellte sie fest, daß Frieden und Prosperität der Welt unteilbar seien und daß die Lösung des deutschen Problems lediglich Teil eines größeren Problems, nämlich der Verhinderung jeglicher Aggression, sei. Zweitens, so sagte sie, erfordere die Regelung des deutschen Problems und anderer Weltprobleme auf lange Sicht den Ausbau der Vereinten Nationen zu „einem wirksamen Instrument der Friedenssicherung“; das bedeute eine gewisse Abtretung nationaler Souveränität seitens aller Völker und endlich die Errichtung einer Weltregierung.

Ein Blick auf die „Kanadische Vorlage zur deutschen Friedensregelung“ ist heute vor allem geeignet, den Gegensatz zwischen der kanadischen Außenpolitik vor und nach dem Zweiten Weltkrieg zu verdeutlichen und auf die Bereitwilligkeit – fast möchte man von Eifer sprechen – aufmerksam zu machen, mit der die kanadische Regierung ihre Verantwortlichkeiten als neues Mitglied der internationalen Gemein-

schaft übernahm. Es verdient, festgehalten zu werden, daß die kanadische Öffentlichkeit als Ganzes fest hinter der Politik ihrer Regierung gestanden zu haben scheint. Als am 3. März 1947 die Frage der kanadischen Beteiligung an der deutschen Friedensregelung im Unterhaus diskutiert wurde, brachten Vertreter aller vier Parteien ihre Entrüstung darüber zum Ausdruck, daß ein Land wie Kanada, das im Kriege Erhebliches geleistet habe, bei den Friedensgesprächen an den Rand verwiesen werden solle. In den Leitartikeln der Presse fanden ähnliche Auffassungen ihren Niederschlag. Jedoch erhielt Kanada keine Gelegenheit, die den Sonderbeauftragten in der „Vorlage“ unterbreiteten Ansichten mündlich oder in anderer Form zu erläutern. Während der Moskauer Außenministerkonferenz im März und April 1947 hat die Sowjetunion ihren Widerstand gegen die Teilnahme kleinerer Nationen an den Friedensverhandlungen aufrechterhalten. Zu dieser Zeit hatten sich zwischen der UdSSR einerseits und den Vereinigten Staaten und Großbritannien andererseits bereits sehr viel ernstere Differenzen ergeben, und so wurde die Angelegenheit fallengelassen. Im November und Dezember 1947 trafen sich – in London – die Außenminister der Großmächte abermals, um über die Deutschlandfrage zu verhandeln, und dieses Treffen machte dem Stillstand ein Ende. Von nun an förderten die Westmächte den Zusammenschluß der amerikanischen, der britischen und der französischen Besatzungszone zu einer Einheit. Kanada aber blieb von einer unmittelbaren Beteiligung an den Beschlüssen über die Zukunft Deutschlands weiterhin ausgeschlossen.

Der kalte Krieg

Die nächste Phase der kanadisch-deutschen Beziehungen muß im Zusammenhang mit dem kalten Krieg und vor allem dem Entschluß zur Schaffung eines Atlantischen Sicherheitspakts gesehen werden. Nachdem es der kanadischen Regierung nicht gelungen war, bei der Entscheidung über die Zukunft Deutschlands gehört zu werden, hat sie offenbar das Argument akzeptiert, dieses Problem sei Sache der Großmächte. Je mehr sich die internationale Lage verschlechterte, um so geringer wurde die Lust der Kanadier, eine Rolle zu spielen, wie sie von ihnen im Januar 1947 beansprucht worden war. St. Laurent bemerkte zu jenen Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und den Benelux-Ländern, die dem galten, was er „eine semi-permanente Lösung“ für Westdeutschland nannte, Kanada sei laufend informiert worden, habe aber nicht auf seiner Teilnahme bestanden, „denn hätten wir das getan, so wäre es ein Grund gewesen, noch viele andere Länder heranzuziehen, was den Fortschritt hindern oder aufhalten könnte, der bei dem Versuch gemacht wird, dieser Zone eine Art Ordnung und Reorganisation zu geben“¹⁵. Jedoch wiederholte er die Forderung, daß „beim Abschluß des endgültigen Friedens mit Deutschland jenen Mächten, die am siegreichen Ende des Krieges erheblichen Anteil hatten, eine Rolle zugestanden werden muß, die ihrer Bedeutung während des Konflikts entspricht“. Einige Wochen

¹⁵ Debates, 5. Mai 1948, S. 3632.

später erklärte L. B. Pearson, der Staatssekretär im Außenministerium, dem Ständigen Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, die Situation in Europa habe sich „während des letzten Jahres grundlegend geändert, und gewisse Gedanken, die von Wert hätten sein können, wenn man sie auf ein vereinigtes Deutschland angewandt hätte, werden in der Anwendung auf ein Westdeutschland vielleicht modifiziert werden müssen“¹⁶. Die kanadische Regierung habe, so stellte er fest, keine „formellen Auffassungen“ über die Organisation der drei Zonen Deutschlands vorgelegt. Als im März 1948 der Alliierte Kontrollrat in Berlin nach einem offenen Bruch seine Tätigkeit einstellte und die Russen die Verbindungswege nach Berlin – auf der Erde – blockierten, sondierte Großbritannien beim kanadischen Hochkommissar in London, ob Kanada bereit sei, Transportflugzeuge und Trockennahrung zur Verfügung zu stellen, um den Bedarf der belagerten Bevölkerung zu decken. Premierminister Mackenzie King, der auf seine alten Tage zu seiner Vorkriegspolitik der minimalen Verpflichtungen zurückgekehrt war, lehnte das Ansuchen mit der Begründung ab, Kanada sei nicht verpflichtet, in einer Krise zu intervenieren, mit deren Entstehung es nichts zu tun gehabt habe¹⁷. Er erkannte sehr wohl, daß Kanada in den Konflikt hineingezogen werden mußte, sollte ein Krieg ausbrechen, was er mehr und mehr für wahrscheinlich hielt, wenn die Westmächte in Berlin nicht nachgeben sollten, doch war er nicht bereit, schon vorher zu handeln. St. Laurent und Pearson, also der Außenminister und sein Staatssekretär, waren weniger zurückhaltend, da sie glaubten, ein formelles Ersuchen Großbritanniens um Hilfe für Berlin könne kaum abgelehnt werden, erst recht dann nicht, wenn es von den Vereinigten Staaten unterstützt werde. Auch waren sie überzeugt, eine Demonstration westlicher Solidarität – gedeckt von einer wirksamen militärischen Abschreckung – sei das sicherste Mittel, den Krieg zu verhindern.

Kanadas Politik hatte aber, im Hinblick auf die Berliner Blockade, zwei Seiten: Erstens wollte man in Ottawa jeden Zwischenfall vermeiden, der den Dritten Weltkrieg auslösen konnte, und zweitens die Schaffung jenes nordatlantischen kollektiven Sicherheitssystems forcieren, das als erster westlicher Staatsmann St. Laurent Ende 1947 in einer Rede vor den Vereinten Nationen öffentlich erwähnt hatte. Durch die erste dieser beiden Absichten sah sich die kanadische Regierung veranlaßt, einer Beteiligung an der Berliner Luftbrücke auszuweichen – womit sie einen Kurs wählte, der sich von dem dreier anderer Länder des Commonwealth, nämlich Australiens, Neuseelands und Südafrikas, unterschied – und sich um eine Lösung der Krise zu bemühen. Im Jahre 1948 gehörte Kanada gerade dem Sicherheitsrat an, und als dieses Gremium mit der Berlinfrage befaßt wurde, machte Ottawa zusammen mit China, Argentinien, Belgien, Kolumbien und Syrien einen

¹⁶ Minutes of Standing Committee on External Affairs (künftig zit. als: Minutes), 17. Mai 1948, S. 50.

¹⁷ Ein Vierteljahrhundert früher, 1923, hatte er für das Empire einen historischen Präzedenzfall geschaffen, als er gegenüber der Tschanak-Krise die gleiche Haltung einnahm, und er glaubte nun, daß es sich um analoge Situationen handle.

Versuch, den Streit zu schlichten. Am 22. Oktober 1948 präsentierten diese selbst-erklärten „Neutralen“ einen nach ihrer Ansicht „mittleren Standpunkt“ zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich einerseits und der Sowjetunion andererseits. Ihre Resolution forderte a) die „sofortige Aufhebung aller Einschränkungen des Verkehrs, der Transporte und des Handels zwischen Berlin und den Westzonen Deutschlands sowie auch der Einschränkungen der Transporte und des Handels von und nach der Sowjetzone Deutschlands; b) „die Vereinheitlichung der Währung in Berlin auf der Basis der Deutschen Mark in der sowjetischen Zone“; und c) „Verhandlungen im Außenministerrat . . . über alle offenen Fragen, die Deutschland als Ganzes betreffen“¹⁸. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich stimmten der Resolution zu, Moskau aber legte sein Veto ein. Es ist interessant, daß Kanada in der Rolle des Vermittlers keine Vorschläge offen unterstützte, die für Großbritannien und die Vereinigten Staaten unannehmbar sein mußten. So lehnte es Ottawa ab, sich hinter einen in letzter Minute unternommenen Versuch des brasilianischen Delegierten zu stellen, einen Kompromiß auf der Basis des sowjetischen Standpunkts zu erreichen, demzufolge die Blockade nicht vor, sondern nach der Regelung des Währungsproblems aufgehoben werden sollte. Offensichtlich sind die Möglichkeiten eines „ehrlichen Maklers“, welche Rolle die kanadischen Diplomaten immer wieder angezogen hat, recht begrenzt, wenn es um Differenzen zwischen Ost und West geht. Die Kanadische Legion – die Organisation der kanadischen Veteranen – und einige Zeitungen haben damals an der Haltung der kanadischen Regierung herbe Kritik geübt; zum Beispiel schrieb die „Winnipeg Free Press“, die an sich die Regierung unterstützte, daß „in einem Lande wie dem unseren der Schwerpunkt der Politik darauf liegen sollte, die Sache zu fördern, an die wir glauben, und nicht auf einer engherzigen, sterilen Geltendmachung eines jeden verfassungsmäßigen Punkts und Kommas unseres Statuts“¹⁹.

Das zweite Ziel, das die kanadische Politik im kalten Krieg verfolgte, nämlich die Schaffung einer nordatlantischen Sicherheitsorganisation, wurde mit größerem Erfolg angestrebt, obwohl damit die Wiederbewaffnung Deutschlands und die Produktion von Kriegsmaterial durch deutsche Industriebetriebe verbunden waren. Der besondere Charakter des kanadischen Beitrags zu diesem Projekt lag jedoch nicht so sehr in der Hinnahme der deutschen Wiederbewaffnung, da hierüber im Anschluß an die Schaffung der Volkspolizei in Ostberlin vornehmlich die Vereinigten Staaten und Großbritannien entschieden hatten, sondern in den von Ottawa empfohlenen Zwecken der geplanten Organisation. Während der Verhandlungen, die in Washington über die Gründung der NATO geführt wurden, drangen kanadische Sprecher darauf, nicht allein für die militärische, sondern ebenso für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit Vorkehrungen zu treffen, damit nicht nur die westliche Verteidigung gesichert, sondern auch die Grundlage für eine integrierte atlantische Gemeinschaft gelegt werde. Nach kanadischer Ansicht konnte ein Deutschland, das in eine solche Gemeinschaft integriert war, in Zukunft

¹⁸ Keesing's Archiv der Gegenwart, 1948/49, Sp. 1688.

¹⁹ Zit. bei Spencer, a. a. O., S. 268.

kaum mehr zu einer militärischen Gefahr werden; seine politische Stabilität würde wachsen, die Erfolgchance der deutschen Demokratie entsprechend steigen, und auch die wirtschaftlichen Interessen Kanadas wie Deutschlands könnten volle Berücksichtigung finden. Kanada wies warnend darauf hin, daß die Organisation, wenn die atlantische Zusammenarbeit lediglich militärischen Charakter haben sollte, nur solange bestehen werde, wie eine gemeinsame militärische Bedrohung existiere, und daß jetzt die militärische Bedrohung benützt werden müsse, um ein festeres Gerüst zu bauen. Die Geschichte der Folgezeit scheint den Kanadiern wenigstens in diesem Punkte recht zu geben.

Deutschland und Kanada werden Partner

Kanada hat beim Entstehen des neuen westdeutschen Staates keine bedeutende Rolle gespielt. Der Leiter der kanadischen Militärmission in Berlin, General Maurice Pope, hatte nur wenig Kontakt mit der deutschen Bevölkerung und stieß sogar auf Schwierigkeiten, wenn er sich über die Tätigkeit des Rats der Alliierten auf dem laufenden halten wollte. Im Juni 1948 autorisierte eine Sechs-Mächte-Konferenz die westdeutschen Länder, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen und eine Bundesverfassung auszuarbeiten. Am 12. Mai 1949 genehmigten die drei westlichen Militärgouverneure das neue „Grundgesetz“, das von einem neuen revidierten Besatzungsstatut eingefaßt war, und am 23. Mai 1949 trat die Bundesrepublik Deutschland ins Leben. Während sie von den Vereinigten Staaten, von Großbritannien und Frankreich im September 1949 formell anerkannt wurde, haben Kanada und einige andere kleinere Staaten noch etwa ein Jahr lang die Besatzungsmächte als Träger der höchsten Gewalt betrachtet. Am 6. September 1949 erhielt die Kanadische Militärmission in Berlin ein Schreiben der Alliierten Mächte, in dem angefragt wurde, ob die kanadische Regierung eine Vertretung bei der neuen Alliierten Hohen Kommission in Westdeutschland zu akkreditieren wünsche. Ottawa antwortete bejahend, und General Pope zog in die neue Hauptstadt Bonn um, wo er dem Vorsitzenden der Kommission, André Francois-Poncet, am 15. Dezember 1949 sein Beglaubigungsschreiben überreichte.

Die ersten westdeutschen Wahlen hatten bereits stattgefunden, und der amerikanische Außenminister Dean Acheson hatte der Bundesrepublik öffentlich „jede Unterstützung“ zugesagt, ehe die kanadische Regierung ihre erste offizielle Erklärung über den neuen Staat abgab. Im Laufe eines allgemeinen Überblicks über die internationale Lage stellte L. B. Pearson, der in die Politik eingetreten und im September 1949 Außenminister geworden war, am 16. November 1949 im Unterhaus fest, die kanadische Regierung begrüße die Bildung „einer bundesdemokratischen Regierung in Westdeutschland“ und hoffe, daß sich ihr Mandat bald „auf ein vereinigtes Deutschland erstrecken“ werde²⁰. Im Hinblick auf den neuen Europarat bemerkte er, die „Beteiligung einer solchen demokratischen Republik an der europäischen Gemeinschaft ... ist für die Rechtfertigung jener Gemein-

²⁰ Debates, 16. November 1949, S. 1859 ff.

schaft von fundamentaler Bedeutung“. Pearson betonte jedoch, daß Deutschlands Nachbarn, „die in der Vergangenheit so sehr unter der deutschen Aggression gelitten haben“, über „Deutschlands Eignung für den Eintritt in die europäische Gesellschaft“ zu befinden hätten. Um weitere Informationen gebeten, äußerte Pearson die Ansicht, daß eine Friedenskonferenz über die Zukunft ganz Deutschlands heute eine noch entferntere Möglichkeit sei, als ein Jahr zuvor, und daß Kanada dieser Lage mit der Errichtung seiner diplomatischen Vertretung in Bonn Rechnung trage²¹.

Der Koreakrieg, der im Juni 1950 auf der anderen Seite des Globus ausbrach, beschleunigte die Entwicklung Deutschlands zu voller Staatlichkeit. Dieser Konflikt machte einen deutschen Beitrag zur Verteidigung der nichtkommunistischen Welt dringlicher, und Dr. Adenauer offerierte einen solchen Beitrag als Gegenleistung für ein höheres Maß an Souveränität. Im März 1951 wurde das Besatzungsstatut durch die Petersberger Protokolle revidiert, die Westdeutschland den Aufbau eines Außenministeriums mit einem diplomatischen Dienst und den Eintritt in den Europarat wie in die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gestatteten. Am 10. Juli 1951 erließ Kanada, in Übereinstimmung mit den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und anderen westlichen Ländern handelnd, eine Königliche Proklamation, die den Kriegszustand, der seit der am 10. September 1939 erfolgten Kriegserklärung an das Deutsche Reich herrschte, für beendet erklärte²². Die Völker Deutschlands und Kanadas waren formell elf Jahre und zehn Monate Feinde gewesen. Bei der Bekanntgabe der Proklamation hob das kanadische Außenministerium hervor, daß sie keine endgültige Erledigung der mit dem Krieg zusammenhängenden Probleme darstelle und jene Fragen nicht berühre, die erst durch einen Friedensvertrag geregelt werden könnten, etwa die künftige Kontrolle Deutschlands oder kanadische Ansprüche an den deutschen Staat. „Diese Handlung Kanadas bedeutet einfach“, so wurde gesagt, „daß, soweit das kanadische Recht, sowohl das öffentliche wie das private, in Frage kommt, zwischen den beiden Ländern kein Kriegszustand mehr herrscht und daß deutsche Staatsbürger nicht mehr als feindliche Ausländer betrachtet werden“²³. Am 16. August 1951 überreichte der neue Leiter der kanadischen Vertretung in Bonn, T. C. Davis, dem Präsidenten der Bundesrepublik, Theodor Heuss, sein Beglaubigungsschreiben und wurde der erste Botschafter Kanadas in Deutschland. In Kanada hatten sich westdeutsche Vertreter seit Herbst 1949 aufgehalten, vor allem zur Stimulierung des Handels zwischen den beiden Ländern, und im Dezember 1950 war in Ottawa ein Generalkonsulat eingerichtet worden. Als erster Generalkonsul amtierte Dr. Werner Dankworth, der im Februar 1951 in Kanada eintraf. Am 9. November 1951 wurde er in den Rang eines Botschafters erhoben.

Zum Abschluß des Themas der Anerkennung der westdeutschen Republik muß daran erinnert werden, daß Kanada bei der Aufnahme voller diplomatischer Be-

²¹ Ebenda, S. 1928.

²² Canada Gazette, 14. Juli 1951.

²³ Department of External Affairs Bulletin (künftig zit. als: Bulletin), August 1951, S. 292.

ziehungen zwischen den beiden Ländern seine Militärmission in Berlin nicht auflöste. Der Westen vertritt den Standpunkt, daß der Vier-Mächte-Status für Berlin noch in Kraft ist und daß einseitige sowjetische Verletzungen seine Legalität nicht berühren. Diese Auffassung ist dadurch zu erklären, daß das Potsdamer Abkommen, in dem die Vier-Mächte-Kontrolle Berlins festgelegt ist, das einzige Dokument darstellt, mit dem die Präsenz westlicher Truppen in jener Stadt zu begründen ist. Kanada drückt seine Zustimmung zu dieser Anschauung dadurch aus, daß es die bei der alliierten Regierung Berlins akkreditierte Militärmission nicht zurückzieht.

Die Wiederbewaffnung Westdeutschlands

Die Schaffung der Volkspolizei in Ostdeutschland und der Koreakrieg haben, wie schon gesagt, bei dem Entschluß, Westdeutschland fünf Jahre nach der totalen Niederlage von 1945 wiederzubewaffnen, als ausschlaggebende Faktoren gewirkt. Kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stieß eine solche Politik naturgemäß auf starke Widerstände, und es gab Zweifel, ob die Sowjetunion oder ein wiederbewaffnetes Deutschland die ernstere Gefahr darstelle. Manche, darunter die bekannte amerikanische Journalistin Dorothy Thompson, traten für ein neutralisiertes, entwaffnetes Deutschland im Herzen Europas ein, und diesem Gedanken gewann die UdSSR erhebliches Interesse ab. L. B. Pearson charakterisierte den Plan am 28. April 1950 als theoretisch wünschenswert, aber praktisch gefährlich, wenn er nicht „sehr sorgfältig ausgearbeitet“ werde²⁴. „Es ist . . . schwer zu sehen, wie ein Land mit der ungeheuren Vitalität und Produktionskraft Deutschlands . . . je neutral bleiben kann“, lautete sein Kommentar. „ . . . Allein schon Deutschlands politische Verantwortung und Philosophie würden es zwingen . . ., sich für eines der beiden gegensätzlichen politischen Systeme, zwischen denen es leben müßte, zu entscheiden.“ Der kanadische Außenminister machte klar, daß die Deutschen nach seiner Ansicht nicht das kommunistische System wählen würden, wenn sie sich frei entscheiden könnten. Ein weiteres ernstes Hindernis erblickte er darin, daß ein Rückzug der Vereinigten Staaten aus Westdeutschland zum Rückzug über den Atlantik führen mußte, während der militärische Rückzug der Sowjetunion aus Ostdeutschland wahrscheinlich nur einen Rückzug bis Polen und jedenfalls nicht den Rückzug des Kommunismus aus Deutschland bedeuten würde. „Vorteilhafter“, so meinte er, „wäre eine Bewegung zur Assimilierung oder Integration eines demokratischen Deutschland in das westliche politische System, wo es mit seinen Mitteln und Fähigkeiten zu einem kollektiven und kooperativen Dasein beitragen und seinen Anteil an der Verantwortung für dessen Bewahrung übernehmen könnte.“ In Pearsons Erklärung spiegelte sich wiederum die Auffassung der kanadischen Regierung, daß internationale Probleme im Rahmen einer internationalen Organisation behandelt werden sollten und daß im Falle Deutschlands die Integration in die Staatengesellschaft mehr verspreche als ein Ausschluß.

Als einer der führenden Verfechter der NATO zögerte Kanada nun nicht mehr – anders als unmittelbar nach dem Kriege, da es in dieser Frage Zurückhaltung ge-

²⁴ Minutes, 28. April 1950, S. 46.

übt hatte –, sich hinsichtlich Deutschlands festzulegen. Inzwischen hatte sich auch Mackenzie King aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen; St. Laurent war ihm als Premierminister gefolgt, und er vertrat die Überzeugung, der beste Weg, eine sowjetische Aggression abzuschrecken, bestehe darin, den sowjetischen Führern klarzumachen, daß ein Angriff auf jeden Teil Europas, einschließlich West-Berlins, mit der vereinten militärischen und industriellen Macht der nordatlantischen Gemeinschaft abgewehrt würde. Am 30. April 1950 wies Pearson darauf hin, daß Kanadas Verpflichtungen aus dem Nordatlantikpakt zwar Deutschland nicht ausdrücklich einschlossen, daß aber „ein Angriff auf Deutschland ein Angriff auf die westlichen Besatzungsmächte in Deutschland wäre ... und uns als Mitglied des Nordatlantischen Bündnisses betreffen würde“²⁵. Er machte außerdem deutlich, noch bevor der NATO-Rat die Angelegenheit diskutierte, daß Kanada für einen deutschen militärischen Beitrag zur westlichen Sicherheit eintrete. „Wenn Westdeutschland ... verteidigt werden soll – und sicherlich ist eine solche Verteidigung wichtig für die Verteidigung Westeuropas –, dann muß es“, so erklärte er am 31. August 1950, „Waffen erhalten, ... Darin liegen natürlich Risiken ... , die aber auf ein Minimum verringert sein werden, wenn Westdeutschland wirtschaftlich, militärisch und schließlich politisch mit anderen Ländern Westeuropas integriert werden kann. ... In dieser Richtung liegt der Weg zur Sicherheit.“²⁶ Pearsons Erklärung legte öffentlich fest, daß Kanada integrierte NATO-Streitkräfte befürwortete. Sprecher der militärisch interessierteren Elemente der kanadischen Bevölkerung, die zuvor zu den entschiedensten Anwälten einer strengen Kontrolle Deutschlands gehört hatten, führten jetzt die Bewegung zur Wiederbewaffnung Deutschlands gegen den neuen potentiellen Feind. Im Unterhaus forderte der oppositionelle Abgeordnete Oberst Douglas Harkness, Kanada solle die Initiative zur Wiederbewaffnung Westdeutschlands ergreifen, da es, wie er meinte, „ohne die bewaffnete Menschenkraft Westdeutschlands außerordentlich unwahrscheinlich ist, daß irgendeiner der westeuropäischen Staaten ... gegen einen russischen Angriff erfolgreich verteidigt werden kann“²⁷. Ein anderer konservativer Abgeordneter, W. J. Browne, wies darauf hin, daß es in Westdeutschland „Millionen ausgebildeter Soldaten“ gebe, und er beklagte sich darüber, daß „wir nichts getan haben, um uns ihrer Hilfe zur Verteidigung der westlichen Kultur gegen Sowjetrußland zu versichern“²⁸.

Im September 1950 trafen sich die Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs und kamen überein, das Besatzungsstatut für Deutschland zu revidieren, um Vorkehrungen für die Sicherheit der Bundesrepublik und West-Berlins zu treffen; auch entschieden sie sich grundsätzlich für einen militärischen deutschen Beitrag zu jenem Sicherheitssystem. Kurz danach beschloß der NATO-Rat – in dem Kanada vertreten ist –, in Europa Verteidigungs-

²⁵ Ebenda, 30. April 1950.

²⁶ Bulletin, September 1950, S. 345.

²⁷ Debates, 8. Juni 1950, S. 3357.

²⁸ Debates, 31. August 1950, S. 247.

streitkräfte unter einem gemeinsamen Oberbefehlshaber und mit einem deutschen Kontingent aufzustellen²⁹. Der kanadische Beitrag zu den Streitkräften wurde auf 6500 Infanteristen und 11 (später 12) Staffeln der Royal Canadian Air Force festgesetzt. Diese Streitkräfte wurden im Januar 1951 unter dem Kommando General Eisenhowers gebildet. Jedoch dauerte es noch einige Zeit, ehe über die Form des deutschen Beitrags Übereinstimmung erzielt werden konnte; die Franzosen bevorzugten eine Integration deutscher Soldaten auf möglichst niedriger Ebene – einem europäischen Verteidigungsminister unterstellt, dem ein europäischer Verteidigungsrat zur Seite stehen und der einer europäischen Versammlung verantwortlich sein sollte –, während die Vereinigten Staaten ihre Bereitschaft zum Ausdruck brachten, nationale Einheiten zu akzeptieren. Kanada nahm, wie so oft, eine mittlere Position ein und sprach sich für deutsche, aber eng in eine einzige europäische Streitmacht integrierte Einheiten aus. Mit dieser Auffassung trat Kanada am Vorabend eines Treffens der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft hervor, das im Februar 1951 in Paris stattfand und an dem eine kanadische Delegation als Beobachter teilnahm.

Von 1950 bis Mitte 1954 ist über die Form des militärischen Beitrags Deutschlands zur westlichen Verteidigung verhandelt worden, wobei sich Kanada bemühte, bei der Suche nach einer Formel zu assistieren, die eine Aufstellung deutscher Kontingente ohne die Wiederkehr eines deutschen Generalstabs und der Wehrmacht ermöglichen sollte. Je länger die Differenzen andauerten, um so unvermeidlicher wurde es, daß Westdeutschland beides erhielt. Kanada drängte seine Verbündeten, möglichst rasch zu einer Vereinbarung zu gelangen, nahm aber in der Öffentlichkeit keine feste Haltung ein. L. B. Pearson war darauf bedacht, Verständnis für den französischen Standpunkt zu zeigen, doch ebenso darauf, Meinungsverschiedenheiten mit Dr. Adenauer zu vermeiden, der ein möglichst hohes Maß an Souveränität erreichen wollte. Er suchte die Kanadier zu beruhigen, namentlich die Mitglieder der Cooperative Commonwealth Federation, der sozialistischen Partei Kanadas, die über die Möglichkeit einer Wiedergeburt des deutschen Militarismus und selbst des Nationalsozialismus besorgt waren. Seine Aufgabe war nicht leicht; eine Gallup-Umfrage, die am 26. Oktober 1951 veröffentlicht wurde, zeigte, daß 65,8 Prozent der kanadischen Bevölkerung gegen die Verwendung deutscher Soldaten in „einer alliierten europäischen Armee unter alliierter Befehl“ waren und nur 26,2 Prozent einen solchen Schritt guthießen. „Was die Nazis betrifft“, sagte Pearson am 29. April 1952 vor dem Unterhaus-Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, „so hat es Anzeichen für ihre Wiederbelebung in Deutschland gegeben, wie es auch Anzeichen für die Wiederbelegung der Faschistischen Partei in Italien gegeben hat, ... Man muß daran denken, daß die Deutschen, wie auch die Italiener, ein stolzes und nationalistisches Volk sind. Sie haben im Kriege eine schreckliche Niederlage erlitten und durch diese Niederlage viel Elend und Not. Ich glaube, es wäre unnatürlich, wenn es gegen jene Niederlagen und Schwierigkeiten nicht irgendeine

²⁹ Bulletin, Oktober 1950, S. 530f.

Reaktion gäbe. Zwar handelt es sich um eine Gefahr, vor der wir auf der Hut sein müssen, doch denke ich, wir können, nach sieben Jahren, die Überzeugung haben, daß die Wiedererstehung der totalitären Ideen in Deutschland und Italien nicht so große Fortschritte gemacht hat, wie man vielleicht hätte erwarten sollen. . . . Einige der beunruhigenderen Berichte über eine weitgehende Infiltration hoher Nazi-funktionäre in die deutsche Regierung und den Beamtenapparat finden in den Tatsachen keine Stütze.“³⁰

Am 17. Juni 1952 legte Pearson dem Unterhaus das am 27. Mai des gleichen Jahres in Paris unterzeichnete Protokoll zum Nordatlantikpakt vor, das die Garantien des Vertrags auf die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft ausdehnte³¹. Inzwischen waren, im Dezember 1951, erstmals wieder seit 1946 kanadische Truppen in Deutschland erschienen, nun als Teil der NATO-Streitkräfte. „Es trifft zu“, erklärte er, „daß Annahme und Inkrafttreten dieses Protokolls die Verpflichtungen erweitern, die Kanada unter dem Nordatlantik-Vertrag gegenüber der Bundesrepublik Deutschland übernommen hat.“ Jedoch war das zusammen mit der deutschen Wiederbewaffnung, nach seiner Ansicht „ein nützlicher Schritt in der Entwicklung und der erneuten Bekräftigung der kollektiven Sicherheit und des kollektiven Handelns, die unter den derzeitigen Umständen die besten Mittel zur Verhinderung eines Krieges sind“³². Die Alternativen, so meinte er, nämlich ein neutralisiertes Deutschland, das wahrscheinlich dem Kommunismus zur Beute fallen würde, oder aber ein wieder nationalistisches Deutschland, seien für Kanada gefährlicher. „Ich bin nicht blind . . . gegenüber der Gefahr eines wiederhergestellten und wiederbewaffneten Deutschland“, lautete seine Schlussfolgerung, „doch glaube ich, daß diese Wiederherstellung und diese Wiederbewaffnung im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft nicht mehr den Zielen einer totalitären Aggression, . . . sondern dem Frieden in Europa und der Welt dienstbar gemacht werden können.“³³ Das Protokoll ist nach kurzer Debatte von allen Abgeordneten gebilligt worden.

Bis Anfang 1954 hatte sich herausgestellt, daß die EVG, trotz starken Drucks der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, die Zustimmung Frankreichs wohl nicht finden würde. Am 29. Januar 1954 wiederholte Pearson, während einer Debatte über außenpolitische Fragen, daß nach Auffassung der kanadischen Regierung die EVG das beste Mittel sei, „die deutsche Wiederbewaffnung einem kollektiven Verteidigungszweck . . . nutzbar zu machen“, und die Entwaffnung und Neutralisierung Deutschlands lehnte er abermals als „einfach nicht praktikabel“ ab, da dem die Interessen der westlichen Sicherheit entgegenstünden und da die 65 Millionen Deutschen nicht ständig, neutralisiert und entwaffnet, in ihren eigenen Grenzen zu halten seien³⁴. Mit seiner bekannten Neigung zur internationalen Integration

³⁰ Minutes, 29. April 1952, S. 169.

³¹ Debates, 17. Juni 1952, S. 3309.

³² Ebenda.

³³ Ebenda, S. 5312.

³⁴ Debates, 29. Januar 1954, S. 1586.

im größtmöglichen Maßstab brachte er seinen persönlichen Wunsch nach dem „Zusammenschluß aller Atlantikmächte“, nicht nur der europäischen, zum Ausdruck; so könne der Weltfrieden bewahrt und erzwungen werden³⁵. Am 30. August 1954 schloß die französische Nationalversammlung ihre lange Debatte über die EVG mit der Abstimmung, und der Plan wurde zum toten Buchstaben. Am folgenden Tag erklärten kanadische Regierungssprecher vor der Presse, die „logische Antwort auf dieses Dilemma ist die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO“³⁶.

Aufnahme Deutschlands in die NATO

Nachdem Premierminister Anthony Eden angeregt hatte, die Situation solle auf einer Konferenz der europäischen Staaten erörtert werden, machte Pearson klar, daß Kanada darauf rechne, an der Entscheidung über die Ablösung der EVG durch ein neues Arrangement beteiligt zu werden, und er wies darauf hin, daß Kanada, als Mitglied der NATO, „beträchtliche Luft- und Landstreitkräfte in Europa, und zwar auch in Deutschland selbst“, stationiert habe³⁷. Auf Grund des Drucks, den Ottawa ausübte, wurde Kanada, das ursprünglich ausgeschlossen bleiben sollte, doch noch eingeladen, im September 1954 an einer Konferenz in London teilzunehmen, die dem Problem der deutschen Wiederbewaffnung galt. Die kanadische Delegation wurde von Pearson selbst geleitet, der seine Bemühungen auf zwei Ziele konzentrierte: einmal wollte er die größtmögliche Integration der atlantischen Staaten, einschließlich Westdeutschlands, erreichen, zweitens suchte er die Differenzen zwischen den verschiedenen nationalen Standpunkten auszugleichen. Die Konferenz führte, obwohl sie in London stattfand, zu Vereinbarungen, die, am 23. Oktober 1954 unterzeichnet, als die Pariser Verträge bekanntgeworden sind. Sie sahen die Schaffung der Westeuropäischen Union vor, das Ende des Besatzungsregimes in Westdeutschland und die Aufnahme Westdeutschlands in die NATO. Deutschland sollte eine Armee von 500 000 Mann erhalten, gegliedert in 12 Divisionen, 1350 Kampfflugzeuge und eine kleine Marine, alle Verbände in eine NATO-Streitmacht unter dem Alliierten Oberbefehlshaber in Europa integriert.

Pearson legte die Verträge am 20. Januar 1955 dem kanadischen Unterhaus vor³⁸. In seiner Begründung äußerte er sich viel positiver über das deutsche Volk und dessen neue Führer, als bislang, und die Furcht vor einer Wiedergeburt des deutschen Militarismus schien ihn jetzt weniger zu beschäftigen. Die drei fundamentalen Punkte der Pariser Verträge seien, so erklärte er, die „Wiederherstellung der (west)deutschen Freiheit und Souveränität“, die „Annahme der freiwilligen Zugehörigkeit dieses Volkes zur westlichen Koalition“ und die Schaffung der Basis zur „Ausübung des ersten Rechts der Souveränität, nämlich der Übernahme eines angemessenen Teils der gemeinsamen Verteidigungslast in der NATO, mit der West-

³⁵ Ebenda, S. 1587.

³⁶ Ottawa Citizen, 31. August 1954.

³⁷ Ottawa Journal, 7. September 1954.

³⁸ Debates, 20. Januar 1955, S. 561 ff.

europäischen Union³⁹. Das da und dort und vor allem in der kommunistischen Welt gezeichnete Bild von den Westdeutschen als „einer Nation von Militaristen, die an der Leine zerren, um endlich die Freiheit zu haben, sich zu bewaffnen, sich für die Rüstung zu besteuern und Rekruten zu werden“, verwarf er. Tatsache sei, daß sich in Deutschland ein „Umschlag“ der Stimmung vollzogen habe, und zwar gegen Krieg und Militarismus, „unter denen Deutsche ebenso wie wir alle noch vor kurzem so viel gelitten haben“. Die westdeutsche Führung sei „von einer Art, die wir ermutigen sollten“, versicherte er und setzte sogar hinzu, daß „wir ... zwei Weltkriege vermieden hätten, hätte es diese Führung schon 1914 und 1939 gegeben“. Zugleich warnte er, nichts sei geeigneter, „die Entwicklung gesunder politischer Kräfte in Westdeutschland zu entmutigen und einen gefährlichen Rückfall in engen Nationalismus und schließlich wieder in gefährlichen Militarismus zu befördern, als die Ablehnung, durch die Parlamente des Westens, jener Pläne ... für die Integration dieses Volkes in die westeuropäischen und nordatlantischen Gemeinschaften, wo es eine angemessene und würdige Rolle spielen kann“. Er bezeichnete Dr. Adenauer als einen „großen Europäer und Internationalisten“, als „einen Mann, der an Freiheit, Frieden und Zusammenarbeit glaubt“, und er forderte die Kanadier auf, das neue politische System in Westdeutschland durch Ermutigung zu stärken und nicht durch „Argwohn, Mißtrauen und Zurückweisung“ zu schwächen. Im Namen der Fortschrittlich-Konservativen Partei unterstützte John Diefenbaker die Regierung, aber die sozialistische Gruppe (C.C.F.) spaltete sich; M. I. Coldwell, ihr Vorsitzender, sprach sich für, sein Stellvertreter Stanley Knowles jedoch gegen den Kurs der Regierung aus. Wenn man Westdeutschland gestatte, sich zu bewaffnen, sagte Knowles, „werden wir vielleicht schon in absehbarer Zukunft feststellen müssen, daß wir Werkzeuge eben jener Militaristen sind, die in zwei Weltkriegen unsere Feinde waren“; außerdem könne der Schritt die Kriegsgefahr vergrößern⁴⁰. Er schlug vor, die Bemühungen um ein Abkommen fortzusetzen, das Deutschland unter der Überwachung der Vereinten Nationen neutralisieren solle. Die bewegendste Rede hielt Leon Crestohl, der jüdische Abgeordnete für Montreal-Cartier, der durch die nationalsozialistische Judenverfolgung mehr als sechzig Verwandte verloren hatte. Er befürwortete die Wiederbewaffnung Westdeutschlands, und zwar, wie er selbst sagte „nicht weil ich Berlin weniger verabscheue, sondern weil ich Moskau mehr fürchte“⁴¹. Die Vorlage ist am 26. Januar 1955 mit einer Mehrheit von 312 zu 12 Stimmen gebilligt worden.

Die Ratifizierung des WEU-NATO-Protokolls durch Kanada bezeichnete in dem Prozeß, der zur Herstellung normaler Beziehungen zwischen dem westdeutschen und dem kanadischen Staat führte, die Endphase. Kein Friedensvertrag war unter-

³⁹ Ebenda, S. 563.

⁴⁰ Ebenda, S. 596. Eine Gallup-Umfrage vom 8. September 1954 zeigte, daß 44,6 Prozent der öffentlichen Meinung Kanadas seine Auffassung, die Schaffung einer westdeutschen Armee sei ein vom Frieden wegführender Schritt, teilten; 29 Prozent stimmten mit der Regierung überein.

⁴¹ Debates, 20. Januar 1955, S. 401.

schrrieben worden, aber nun waren beide Länder souverän und Partner bei einer gemeinsamen Verteidigungsanstrengung. Kanadische Streitkräfte standen auf deutschem Boden, aber als Verbündete, nicht als Besatzungstruppen. Premierminister St. Laurent hatte diese Phase schon im Februar 1954 prophezeit, als er auf einer Weltreise in Bonn erste Station machte. Jener historische Moment, hatte er auf einer Pressekonferenz erklärt, werde „als ein besonderer Ausdruck der Tatsache“ bewertet werden, „daß die Beziehungen zwischen unserem kanadischen Volk und Deutschland in ein neues Stadium eingetreten sind. Dem deutschen Volk gegenüber wollen wir eine Geste machen, die unseren Ernst und unsere Aufrichtigkeit beweist . . ., und wir wollen unsere Zusammenarbeit mit Deutschland als einem Partner in der freien Welt, als einem Partner der größeren kooperativen Gemeinschaft, bekräftigen, um unserem Endziel näherzukommen, dem Frieden auf Erden für alle Menschen guten Willens.“⁴² Zweimal in einer kurzen Zeitspanne hätten Kanadier kämpfen müssen, aber die kanadische Geschichte weise den Weg in eine bessere Zukunft. „Einst gab es Streitigkeiten und Konflikte, sehr bittere und böse Konflikte, zwischen Kanadiern britischer Herkunft und Kanadiern französischer Herkunft. Aber schließlich kamen wir zu der Überzeugung, daß es besser ist, vorwärts in die Zukunft, als zurück in die Vergangenheit zu schauen, daß es besser ist, statt der Fehler und Mängel die guten Eigenschaften des anderen zu suchen. Und so ist es uns gelungen, Lebensbedingungen zu schaffen, die uns in die Lage versetzen, für beide Seiten Vorteile zu erzielen . . . Ich glaube, daß wir in unseren Beziehungen zu Deutschland die gleiche Haltung einnehmen; ich glaube, wir alle müssen uns bewußt sein, daß wir freie Partner mit gleichen Rechten sind und alle am gleichen Strang ziehen.“ Nach der einzigen Belastung der deutsch-kanadischen Beziehungen befragt, nämlich nach den Urteilen, die gegen zwei noch immer in Haft befindliche deutsche Kriegsverbrecher verhängt worden waren, antwortete er, die Urteile seien vor kurzem überprüft worden, die Männer würden bald entlassen und damit sei „die letzte Störung beseitigt . . .; weder in der öffentlichen Meinung Kanadas noch in der öffentlichen Meinung Deutschlands wird es dann noch Resentiments geben“.

Kanadas Haltung zu aktuellen deutschen Fragen

a) Die Ostgrenze

Zuletzt seien noch drei Probleme der gegenwärtigen deutschen Lage kurz erörtert: die Ostgrenze, die Wiedervereinigung und Berlin. Was die Ostgrenze betrifft, so sind die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion schon im Oktober 1944 übereingekommen, Ostpolen und einen Teil Ostpreußens Rußland anzuschließen und das übrige Deutschland östlich der Oder-Neiße-Linie unter polnische Verwaltung zu stellen. Die deutsche Bevölkerung dieser Gebiete sollte umgesiedelt werden. Im Sommer 1945 ist diese Vereinbarung in Potsdam bestätigt worden. Die endgültige Festlegung der deutsch-polnischen Grenze sollte auf der Friedenskon-

⁴² Text der Pressekonferenz St. Laurents vom 10. Februar 1954, im Besitz des Verfassers.

ferenz erfolgen, die dann nie stattgefunden hat. So geht die offizielle Auffassung des Westens, und die Kanadas, dahin, daß die Grenze noch nicht definitiv ist, und 1954, als die Pariser Verträge unterzeichnet wurden, ist diese Auffassung erneut bekräftigt worden. Die Sowjetunion und ihre Nachbarn betrachten jedoch die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze, und im Juni 1950 haben die polnische und die Ost-Berliner Regierung eine entsprechende Erklärung abgegeben. Am 19. April 1957 hat Nikita Chruschtschew festgestellt, daß jeder Angriff auf die Oder-Neiße-Linie als Angriff auf die Sowjetunion angesehen würde. Nun ist zwar diese Frage im kanadischen Parlament nie diskutiert worden, und die kanadische Regierung hat ihre Haltung nie unabhängig von den gemeinsam mit ihren Alliierten unterschriebenen Verlautbarungen definiert, doch kann angenommen werden, daß die Grenze in kanadischen Augen noch nicht endgültig ist. Es ist aber andererseits klar, daß es Kanada nicht gern sehen würde, sollte die Angelegenheit von neuem aufgerollt oder gar ein Versuch zur Änderung des Status quo unternommen werden. In Gesprächen mit verantwortlichen Regierungsvertretern in Ottawa gewinnt man den Eindruck, daß sie mit der natürlichen Abnahme der Zahl jener Deutschen, die dem Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie gefühlsmäßig verbunden sind, rechnen und erwarten, eines Tages werde eine deutsche Regierung in der Lage sein, diese Demarkationslinie als definitive Grenze anzuerkennen.

b) Wiedervereinigung

Zur Frage der deutschen Wiedervereinigung hat sich Kanada positiver geäußert. In ihren Vorschlägen für eine Friedensregelung betonte die kanadische Regierung 1947, daß „Menschen, die gemeinsame nationale Traditionen anerkennen und eine Geschichte des nationalen Zusammenschlusses haben, in den Grenzen eines einzigen Staates leben dürfen sollten, wenn sie das wünschen“⁴³. Fast drei Jahre später gab Pearson, in einem Kommentar zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland, der Hoffnung Ausdruck, daß sich das Mandat der neuen Regierung bald „auf ein wiedervereinigtes Deutschland erstrecken“ werde⁴⁴. Im März 1952, bei seiner Rückkehr von der Lissaboner Sitzung des NATO-Rats, auf der ein militärischer Beitrag Westdeutschlands zur westlichen Verteidigung akzeptiert worden war, bemerkte Pearson, daß „Deutschland nach meiner Ansicht zwangsläufig stärker werden und zwangsläufig eines Tages wiedervereinigt sein wird“⁴⁵. Unterstelle man das als richtig, so sei es „gewiß besser, wenn dies in Gemeinschaft mit den atlantischen Mächten geschieht, statt in Isolierung oder auf rein nationalistischer Basis, oder auch in Gemeinschaft mit dem kommunistischen Osten, dem ein bis an die Zähne bewaffnetes Deutschland mit ins Amt zurückgekehrten Naziführern wenig Skrupel machen würde, sofern es eine unter dem Befehl Moskaus stehende kommunistische Regierung hat“. Am 23. Oktober 1954 unterzeichnete Kanada das Protokoll über die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO und stellte sich hinter die Drei-

⁴³ *Debates*, 30. Januar 1947, S. 9.

⁴⁴ *Debates*, 16. November 1949, S. 1840.

⁴⁵ *Debates*, 21. März 1952, S. 671.

Mächte-Erklärung vom 3. Oktober 1954, mit der sich die Signatarstaaten verpflichteten, „die Regierung der Bundesrepublik als die einzige deutsche Regierung zu betrachten, die frei und legitim zustande gekommen und daher berechtigt ist, als Repräsentantin des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten für Deutschland zu sprechen“⁴⁶. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß Kanada die Wiedervereinigung im Prinzip bejaht, aber sowohl einer westlichen Initiative abgeneigt ist, die eine neue Ost-West-Krise hervorrufen würde, wie auch einer Formel, die ein wiedervereinigtes Deutschland dem sowjetischen Einflußbereich überantworten würde. Mit anderen Worten, im Augenblick akzeptiert Kanada den Status quo.

c) Berlin

Schließlich muß drittens noch die Haltung Kanadas in der Berlinfrage untersucht werden. Seit Anfang 1946 unterhält Kanada in Berlin seine bei der Alliierten Hohen Kommission akkreditierte Militärmission, um seine Auffassung zu demonstrieren, daß, in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen, noch immer die Zuständigkeit der vier Mächte für ganz Berlin gegeben ist. Während der Berliner Blockade, 1948 und 1949, traf die kanadische Mission gewisse Vorbereitungen für den Abzug aus der Stadt, falls es zu Kämpfen kommen sollte, hielt es dann jedoch nicht für notwendig, Berlin tatsächlich zu verlassen. Wie schon erwähnt, verwandte die kanadische Regierung ihre Energie auf den Abbau der Spannungen, und so brachte sie die Amerikaner von dem Versuch ab, die Blockade mit Gewalt zu durchbrechen. Der Leiter der Militärmission in Berlin legte damals seine persönliche Ansicht in folgenden Sätzen nieder: „Unsere Außenminister mögen sagen, was sie wollen, ich glaube nicht, daß wir uns auf sehr sicherem Boden befinden. Um zusammenzufassen: ich würde, wenn ich die Macht hätte, alle Kräfte der westlichen Welt mobilisieren, um Helmstedt zu verteidigen. Für Berlin würde ich das nicht tun.“⁴⁷ Zehn Tage später schrieb er: „Wegen dieser Frage einen Krieg zu führen, wäre Wahnsinn. Selbst wenn wir gewinnen, würden wir alles verlieren.“⁴⁸ Wenn gleich die kanadische Regierung an der westlichen Präsenz in Berlin prinzipiell stets festgehalten hat, scheint es doch klar zu sein, daß sie hoffte, nie entscheiden zu müssen, ob diese Präsenz mit Gewalt verteidigt werden solle, und zwar hoffte sie darauf selbst noch nach der Unterzeichnung des Protokolls über die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO und noch nach der Identifizierung mit der Drei-Mächte-Erklärung, in der die Signatarstaaten festgestellt hatten, daß sie „jedem Angriff auf Berlin von irgendeiner Seite als einem Angriff auf ihre Streitkräfte und auf sich selbst begegnen“ würden⁴⁹.

Wie ernst Kanada seine Garantie der Sicherheit Berlins meint, ist 1958 und 1959 getestet worden, als Nikita Chruschtschew sein Ultimatum stellte, das den Abzug

⁴⁶ B. R. von Oppen, *Documents on Germany under Occupation 1945-54*, London 1955, S. 607.

⁴⁷ M. A. Pope, *Soldiers and Politicians*, Toronto 1962, S. 250.

⁴⁸ Ebenda, S. 351.

⁴⁹ Oppen, a. a. O., S. 607.

der westlichen Truppen aus Berlin und die Schaffung einer entmilitarisierten „Freien Stadt“ forderte. Auch drohte er, die sowjetischen Rechte in Berlin der Zonenregierung zu übertragen, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten ein Vier-Mächte-Abkommen über Berlin erreicht werde. Das sowjetische Ultimatum ist am 27. November 1958 gestellt und vom 14. bis 18. Dezember auf einer Sitzung des NATO-Rats in Paris diskutiert worden. Die NATO-Mitglieder, natürlich einschließlich Kanadas, wiederholten ihre Garantie der Freiheit, Zugänglichkeit, Sicherheit und Lebensfähigkeit Berlins. Außenminister Dr. Sidney Smith^{49a} umriß am 9. März 1959 die Haltung Kanadas vor dem Ständigen Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, als er sagte: „Wir können nicht zulassen, daß die 2½ Millionen Westberliner, denen wir unser Wort verpfändet haben, von Ostdeutschland absorbiert werden.“⁵⁰ Zugleich richtete Kanada seine Anstrengungen darauf, einen bewaffneten Zusammenstoß wegen der belagerten Stadt zu vermeiden.

Ottawa machte selber einen Vorschlag zur Lösung der Krise und regte an, die Vereinten Nationen mit der Angelegenheit zu befassen. Premierminister Diefenbaker brachte diesen Gedanken erstmals am 19. März 1959 im Unterhaus vor, als er über einen Besuch des britischen Premierministers Harold MacMillan in Ottawa Bericht erstattete. „Es ist meine Überzeugung“, so sagte er, „daß die Vereinten Nationen bei der Lösung des Berlinproblems eine bedeutende Rolle spielen könnten und daß diese Möglichkeit weitere und noch sorgfältigere Prüfung verdient.“⁵¹ General George Pearkes, der Verteidigungsminister, entwickelte kurz danach die gleiche Überlegung; er meinte, zur „Stärkung der gegenwärtigen Vereinbarungen über Berlin, entweder durch zusätzliche oder durch ablösende Abmachungen, . . . könnte eine Regelung, an der die Vereinten Nationen beteiligt sind, stabiler sein . . . als die derzeitige Position, in der die Mächte auf Grund des Rechts der Eroberung in Berlin sind“⁵². Zwar würde auch ein solches Arrangement die Zustimmung der größeren Mächte erfordern, doch könnten „andere interessierte Regierungen“ zur Überwachung der UN-Regelung eingeschaltet werden.

Kanada schlug also ein UN-Statut für Berlin vor. Die Anregung fand, als sie dem NATO-Rat unterbreitet wurde, eine kritische Aufnahme und führte zu nichts. Jedoch hielten die Kanadier an ihrer Auffassung noch fest, nachdem die Kommunisten im August 1961 die Berliner Mauer errichtet hatten. Am 11. September 1961 erklärte John Diefenbaker, daß jetzt „die Zeit gekommen ist, die Internationalisierung Berlins unter den Vereinten Nationen zu erwägen, wobei Berlins Status unter der Präsenz der Vereinten Nationen andauern soll . . ., einschließlich des unkontrollierten Zugangs der Westmächte“⁵³. Andererseits stellte Diefenbaker fest, daß „die Freiheit der Bevölkerung West-Berlins kein Verhandlungsgegenstand ist“

^{49a} Smith war Mitglied der Regierung der Fortschrittlich-Konservativen Partei John Diefenbakers, der im Juni 1957 St. Laurent als Ministerpräsident ablöste.

⁵⁰ Minutes, 9. März 1959, S. 28.

⁵¹ Globe and Mail, 20. März 1958.

⁵² Bulletin, Oktober 1961, S. 354.

⁵³ Ebenda, S. 352.

und daß „die Vertreibung des Westens aus West-Berlin Rückwirkungen in ganz Deutschland und Europa haben würde und . . . der Freiheit in Kanada eine gefährliche, wenn nicht unheilbare Wunde schlagen“ könnte⁵⁴. Jedoch „gibt es Dinge, über die man verhandeln kann“, setzte er hinzu, freilich ohne diese Dinge zu nennen. Die kanadische Ansicht, daß in Berlin die Vereinten Nationen eingeschaltet werden sollten, ist im Oktober 1961 auch von dem amerikanischen Senator Humphrey, jetzt Vizepräsident der Vereinigten Staaten, übernommen worden, als er die Internationalisierung der Stadt unter der Garantie der UN und eine UN-Kontrolle der Zufahrtswege nach Berlin vorschlug. Das führt zu der Vermutung, ob die kanadische Regierung nicht einen „Versuchsballon“ für die Vereinigten Staaten hatte steigen lassen. Ende 1961 begannen Gespräche zwischen Llewellyn Thompson, dem amerikanischen Botschafter in Moskau, und dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko, und im April 1962 enthüllte eine westdeutsche Quelle, daß man sich über eine aus 13 Nationen bestehende Institution geeinigt habe, die alle Zufahrtswege nach Berlin kontrollieren solle. Bonn scheint die Meldung vorzeitig freigegeben zu haben, um die Verhandlungen zu kompromittieren und um eine de-facto-Anerkennung der Pankower Regierung zu verhindern, die in der vorgesehenen Institution vertreten sein sollte. An Kanadas Beteiligung hatte man nicht gedacht.

Je mehr die Spannungen des kalten Krieges in den letzten Jahren abnahmen, desto dringender wünschte Kanada Ost-West-Gespräche über die noch bestehenden Differenzen, auch über die Berlinfrage. „Im Hinblick auf Berlin und Deutschland“, erklärte Außenminister Howard Green während der Berlinkrise des Jahres 1961, „geht unsere Politik heute dahin, daß ein Versuch gemacht werden muß, eine Regelung am Verhandlungstisch zu finden“⁵⁵. Paul Martin, der außenpolitische Sprecher der Opposition, stimmte mit Premierminister Diefenbaker zwar darin überein, daß nicht „die Freiheit eines einzigen freien Individuums in West-Berlin“ geopfert werden dürfe, setzte aber hinzu, daß „wir bereit sein müssen, das Äußerste zu tun . . ., um einen Krieg über Berlin zu verhindern“⁵⁶. Auch „Maclean's Magazine“, eines der wichtigsten kanadischen Organe, reflektierte die Zunahme der Empfindung, daß ein Krieg um Berlin unnötig sei. In der Ausgabe vom 7. Oktober 1961 schrieb Blair Fraser, der Herausgeber, daß der Gedanke, „wir sollten kämpfen, um Deutschland vor einem Schicksal zu bewahren, das wir selber am Ende eines anderen Krieges aufzwingen halfen, den Deutschland begonnen und verloren hat, einfach widersinnig ist. . . . Wird er von einem Deutschen geäußert, so ist das schiere und unglaubliche Unverschämtheit.“⁵⁷ Der westliche „Vorposten“ in Berlin sei auf lange Sicht ohnehin unhaltbar, meinte noch im gleichen Monat ein anderer führender Journalist, J. B. McGeachy, und ein Krieg um diesen Außenposten „wäre ein Spaß für Verrückte“. Eine am 8. November veröffentlichte

⁵⁴ Am 1. September vor der Kanadischen Anwaltskammer, in: *Proceedings of Canadian Bar Association*, 1961, S. 177.

⁵⁵ *Debates*, 7. September 1961, S. 8066.

⁵⁶ *Ebenda*, S. 8069.

⁵⁷ *Maclean's Magazine*, Toronto, 7. Oktober 1961, S. 9.

Gallup-Umfrage zeigte jedoch, daß die Kanadier im allgemeinen mehr der Berlinpolitik der Regierung als dem Standpunkt jener beiden Journalisten zuneigten: 47 Prozent der Befragten erklärten, die Alliierten sollten sich den Weg nach Berlin freikämpfen, wenn ihn die Kommunisten zu blockieren suchten; 33 Prozent waren gegen eine solche Aktion⁵⁸. Dieses Verhältnis dürfte sich seither kaum geändert haben.

Zwar ist zwischen Kanada und Deutschland bislang kein Friedensvertrag geschlossen worden, doch blicken die beiden Länder jetzt schon auf fast zwanzig Jahre ununterbrochen friedlicher Beziehungen zurück; die Beziehungen sind sogar so friedlich, daß die Beamten der deutschen Botschaft in Ottawa erklären können, zwischen Deutschland und Kanada gebe es überhaupt keine Probleme. In den letzten sechzehn Jahren sind rund 250 000 Deutsche nach Kanada ausgewandert, wo sie nun nach den Briten und Franzosen die drittgrößte ethnische Gruppe darstellen. Westdeutschland ist Kanadas viertgrößter Warenlieferant und viertgrößter Markt geworden. Seit 1948 haben deutsche Geschäftsleute in Kanada mehr Geld investiert als in jedem anderen Land, ausgenommen Brasilien. Über 8000 kanadische Soldaten sind als Teil der NATO-Streitkräfte in Westdeutschland stationiert. Auf mannigfache Weise kommen sich die beiden Länder näher. Bei einer im Mai 1961 veranstalteten Umfrage, ob sie dem deutschen Volk gegenüber freundliche oder unfreundliche Empfindungen hegten, antworteten 54,5 Prozent der befragten Kanadier mit „freundlich“, nur 10,3 Prozent mit „unfreundlich“. Die Erbschaft an Bitterkeit, die der Zweite Weltkrieg hinterlassen hatte, schwindet mit dem Wechsel der Generationen. Wenn auch die kanadische Regierung ihre Vorstellungen von richtiger Deutschlandpolitik nicht immer praktiziert gesehen hat, so ist doch ihr Grundgedanke, nämlich die Integration eines freien und demokratischen Deutschland in die westliche Gemeinschaft, inzwischen Realität geworden. Eine solche Situation läßt für die Zukunft beider Länder Gutes hoffen.

⁵⁸ *Montreal Star*, 8. November 1961.